

Niederschrift über die 7. Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld am 01.10.2026, 18:02 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	parteilos	
Ratsmitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Günter Alfred Büscher	CDU	
Herr Dirk Christian de Beyer	VOLT	
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Christoph Fels	CDU	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Silke Hellenkamp	CDU	
Herr Alois Homann	CDU	
Herr Heiner Bernhard Honermann	VOLT	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Jens Kielmann	CDU	
Frau Sabrina Klöpper	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Henning Rulle	CDU	
Herr Alexander Ruthmann	CDU	
Frau Frieda-Marie Schmitz	SPD	
Frau Irene Schneider	CDU	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Frau Bettina Suhren	SPD	
Herr Matthis Tasler	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	

Herr Lars Vogel	CDU	
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Frau Elke Maria Wehling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Holger Weiling	CDU	
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	II. Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann	FBL 20	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Katja Rengshausen	Schriftführerin	
Herr Benno Eink	FB 10	
Gäste		
Frau Simone Kaspar	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	
Herr Dirk Hungermann	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	
Julia de Jong	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	
Jens Boehle	Kreis Coesfeld	
Christian Lechtenberg	Kreis Coesfeld	

Schriftführung: Frau Katja Rengshausen

Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg eröffnet um 18:02 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:13 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzten die Mitglieder des Rates einstimmig den Tagesordnungspunkt TOP 10 der öffentlichen Sitzung ab.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Bestellung einer Schriftführung/ stellvertretenden Schriftführung
Vorlage: 301/2026
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 4 Vorstellung des Prüfberichtes durch die Gemeindeprüfungsanstalt gem. § 105 GO NRW
Vorlage: 315/2026
- 5 Überörtliche Prüfung der Stadt Coesfeld durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW)
Vorlage: 316/2026
- 6 Entwurf zur Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von sperrigen Abfällen - Wertstoffhof Coesfeld
Vorlage: 308/2026
- 7 Freiwillige Feuerwehr Coesfeld - Rahmenkonzept zur zukünftigen Struktur und Standortentwicklung
Vorlage: 265/2026
- 8 Budgetbericht zum 30.06.2026
Vorlage: 304/2026
- 9 Neubau einer Freiluftsporthalle und eines Padel-Courts im Sportzentrum Lette
Vorlage: 271/2026
- 10 Antrag auf Übernahme der Kosten für die Herrichtung eines Kunstrasenkleinspielfeldes auf der jetzigen öffentlichen Basketballfläche am SZ West, Reiningstraße
Vorlage: 264/2026
- 11 Anträge auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen aus der Sportpauschale für das Jahr 2027 ff.
Vorlage: 258/2026
- 12 Antrag der CDU-Fraktion auf strategische Weiterentwicklung des Stellenplans der Stadt Coesfeld
Vorlage: 282/2026
- 13 Antrag der CDU-Fraktion: Prüfauftrag zur Entwicklung eines Boardinghauses für Auszubildende mit integriertem Wohnkonzept zur Förderung der Integration
Vorlage: 260/2026
- 14 Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD "Verkehrsberuhigung am Feldweg priorisieren"
Vorlage: 287/2026
- 15 Antrag der Fraktion der CDU "Einrichtung einer Fußgängerzone an der Letter Straße"
Vorlage: 307/2026
- 16 Festlegung einer Fläche zur Realisierung eines Tiny Forest
Vorlage: 297/2026
- 17 Zuleitung des Jahresabschlussentwurfes 2025 der Stadt Coesfeld gem. § 95 Abs. 5 GO NRW
Vorlage: 222/2026

- 18 Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung
Vorlage: 226/2026
- 19 Außenbereichssatzung Klye - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 268/2026
- 20 Innenbereichssatzung Harle - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 269/2026
- 21 Bebauungsplan Nr. 150/6 „Innenstadt – Bereich Basteiring - Süringstraße" – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 305/2026
- 22 Einordnung unterschiedlicher Sicherheitsansätze (räumliche und szenarienbedingte Schutzwirkung)
Vorlage: 262/2026
- 23 Stadtklimaanalyse und Freiraumstrategie für die Stadt Coesfeld
Vorlage: 283/2026
- 24 Durchführung einer Elternbefragung im Rahmen der Schulentwicklung im Sekundarbereich
Vorlage: 256/2026
- 25 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Coesfeld 2026 - 2030
Vorlage: 273/2026
- 26 Finanzierung von Präventionskursen gegen sexualisierte Gewalt an weiterführenden Schulen in Coesfeld
Vorlage: 259/2026
- 27 Entscheidung über die zukünftige Qualität der Schulführungen in der Stadtbücherei
Vorlage: 285/2026/1
- 28 Übernahme von Betriebs- und Energiekosten im Natz-Thier-Haus
Vorlage: 227/2026
- 29 Sachstand Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes
Vorlage: 294/2026/1
- 30 Sachstand Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes
Vorlage: 294/2026/2
- 31 Antrag der Fraktion Volt auf Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 255/2026
- 32 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Bericht über den Erlass und die Niederschlagung von Geldforderungen
Vorlage: 314/2026
- 3 Geplanter Verkauf eine Teilfläche
Vorlage: 299/2026
- 4 Weitere Vorgehensweise bei der Projektentwicklung des Kapuzinerquartiers
Vorlage: 284/2026
- 5 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Bestellung einer Schriftführung/ stellvertretenden Schriftführung Vorlage: 301/2026
-------	--

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen Frau Katja Rengshausen zur Schriftführerin und Frau Paula Schröder zur stellvertretenden Schriftführerin des Rates der Stadt Coesfeld für die Wahlperiode 2025 bis 2030 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Frau Diekmann-Cloppenburg eröffnet die Einwohnerfragestunde und weist daraufhin, dass vorab keine schriftlichen Fragen eingegangen sein.

Ein Einwohner stellt die Anfrage zum TOP Feldweg, warum die Verwaltung jetzt davon ausgeht, dass drei Aufpflasterungen zur Beruhigung ausreichend seien, obwohl dies vorher nicht zur Senkung des Geschwindigkeitsniveaus als adäquates Mittel zur Verkehrsberuhigung angesehen worden sei.

Frau Diekmann-Cloppenburg erwidert, das angestrebte Ziel eines verkehrsberuhigten Bereichs mit Einhaltung von Schrittgeschwindigkeit sei weder durch Sinuswellen noch durch Aufpflasterungen erreichbar. Sie führt aus, dass die Verwaltung auf Auftrag des Rates weitere Alternativen ausgearbeitet habe, dabei jedoch ausdrücklich ergänzt habe, dass diese das angestrebte Ziel nicht erreichen würden. Aus Sicht der Verwaltung könne die gewünschte Verkehrsberuhigung in dem angestrebten Umfang nur durch eine Sperrung erreicht werden,.

Der Einwohner fragt nach ob die Empfehlungen des Umweltbundesamtes, wonach Aufpflasterungen in verkehrsberuhigten Bereichen in Abständen von etwa 20 bis 30 Metern sowie unter zusätzlicher Anordnung von Schikanen vorgesehen werden sollten, weil andernfalls die Gefahr bestehe, dass Kraftfahrzeuge zwischen den Elementen wieder beschleunigten, bekannt sei. Da Die Länge des Feldweges 150 beträgt müssten mehr als die 3 geplanten Aufpflasterungen geplant sein.

Frau Diekmann-Cloppenburg erklärt, der Verwaltung seien dies Empfehlungen bekannt.

Ein anderer Einwohner weist darauf hin, dass der Poller am Feldweg nicht unmittelbar mit den Verkehrsmaßnahmen in der Innenstadt verknüpft sei. Der Poller hätte zu einer gesamten Beruhigung im Viertel geführt und der Durchgangsverkehr sei über die Umgehungsstraße abgeleitet worden. Er fragt, wie dies durch die Aufpflasterung erreicht werden solle.

Frau Diekmann-Cloppenburg entgegnet, aus Sicht der Verwaltung gebe es keine Alternative, mit der das angestrebte Ziel in vergleichbarem Umfang erreicht werden könne. Die Verwaltung habe aufgrund eines Auftrags des Stadtrates entsprechende Gutachten und

Verkehrszählungen als Entscheidungsgrundlage erhoben. Auf die letztendliche Entscheidung des Rates könne die Verwaltung jedoch keinen Einfluss nehmen.

Ein weiterer Einwohner nimmt Bezug auf die angesprochenen Zählungen sowie auf eine verkehrsrechtliche Anordnung aus dem Jahr 2026 zum Feldweg. Er zitiert daraus die positiven Ergebnisse. Er habe trotz eigener intensiver Recherchen keine Zählung gefunden, die sich auf den bereits gesperrten Feldweg beziehe, und fragt, wo diese behördliche Auswertung beziehungsweise die zugrunde liegenden Geschwindigkeitsmessungen eingesehen werden könnten.

Frau Diekmann-Cloppenburg erklärt hierzu, sie müsse dies mit dem zuständigen Kollegen besprechen und werde die Information dem Protokoll nachreichen. (Antwort der Verwaltung: Die Daten sind in der Bürgerinfo der Stadt Coesfeld zur Ratssitzung am 07.05.2026 für den Tagesordnungspunkt 3 Vorlage 078/2026 abrufbar. Dort heißt es: Durch das Abbinden der Straße wird der Feldweg wieder seiner eigentlichen Bestimmung bzw. Aufenthaltsfunktion als verkehrsberuhigter Bereich zugewiesen. Kinderspiele sind jetzt möglich. Fußgänger können die Straße jetzt in ihrer gesamten Breite nutzen. Der Fahrzeugverkehr hat nun wieder eine untergeordnete Bedeutung und das Geschwindigkeitsniveau wurde dadurch insgesamt gemindert. Daher wurde seitens der Stadt auf eine weitere Zählung am Feldweg verzichtet. Dies wurde falsch in der Ratssitzung übermittelt.)

TOP 3	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 4	Vorstellung des Prüfberichtes durch die Gemeindeprüfungsanstalt gem. § 105 GO NRW Vorlage: 315/2026
-------	--

Frau Kaspar, stellvertretende Leitung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW), eröffnet die Vorstellung des Prüfberichtes. Das generelle Ziel der Gemeindeprüfung sei die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Durch die Prüfungsergebnisse erhält die Kommune einen erweiterten Blickwinkel mit umsetzbaren Anpassungsvorschlägen.

Coesfeld habe bereits viele Vorschläge umgesetzt bzw. die Verwaltung arbeite derzeit an der Umsetzung.

Frau de Jong und Herr Hungermann stellen anhand einer Präsentation die Prüffelder vor:

- Finanzen
- Zahlungsabwicklung und Vollstreckung
- Gremienarbeit
- Personal, Organisation und IT
- Gebäudewirtschaft/ Klimaschutz
- Kommunales Krisenmanagement
- Nachhaltigkeit
- gpa- Kennzahlenset

Frau Diekmann-Cloppenburg dankt für Vorstellung und Prüfung durch die gpaNRW. Eine Außensicht sei immer ein guter Weg Optimierungsbedarfe zu erkennen und diese dann anzupassen.

TOP 5	Überörtliche Prüfung der Stadt Coesfeld durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW) Vorlage: 316/2026
-------	---

Herr Nielsen als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses berichtet aus dem Rechnungsprüfungsausschuss, man habe sich intensiv mit dem Prüfbericht befasst. Es sei zudem hilfreich gewesen, die Einschätzung im Vergleich zu anderen Kommunen zu hören. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe den Bericht zur Kenntnis genommen und empfehle dem Rat einstimmig, sich der Stellungnahme der Bürgermeisterin zu den im Prüfbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen anzuschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses die nach § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW erstellte Stellungnahme zu den im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen, die gegenüber der gpaNRW und der Aufsichtsbehörde abzugeben ist.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 6	Entwurf zur Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von sperrigen Abfällen - Wertstoffhof Coesfeld Vorlage: 308/2026
-------	---

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt die Beschlüsse 1 und 2 en bloc zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Dem als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld, den Städten Coesfeld und Billerbeck sowie der Gemeinde Rosendahl über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von sperrigen Abfällen, die im Rahmen des kommunalen Anschluss- und Benutzungszwanges am Wertstoffhof anfallen, wird zugestimmt.
2. Dem als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung des Durchführungsvertrages zwischen dem Kreis Coesfeld, den Wirtschaftsbetrieben Kreis Coesfeld GmbH (WBC), den Städten Coesfeld und Billerbeck sowie der Gemeinde Rosendahl zur Umsetzung der Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von sperrigen Abfällen, die im Rahmen des kommunalen Anschluss- und Benutzungszwanges am Wertstoffhof anfallen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1+2 (en Bloc)	38	0	0

TOP 7	Freiwillige Feuerwehr Coesfeld - Rahmenkonzept zur zukünftigen Struktur und Standortentwicklung Vorlage: 265/2026
-------	--

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt die Beschlussvorschläge 1 bis 5 en bloc zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Coesfeld nimmt das von der Leitung der Feuerwehr und dem Führungsgremium der Feuerwehr Coesfeld erarbeitete „Rahmenkonzept Strukturänderung Feuerwehr Coesfeld“ zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt ferner zur Kenntnis, dass das Rahmenkonzept an bereits im Brandschutzbedarfsplan der Stadt Coesfeld dargestellte Überlegungen zur möglichen Neuorganisation der Löschzüge und zur langfristigen Weiterentwicklung der Standortstruktur anknüpft.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Rahmenkonzept dargestellten Überlegungen gemeinsam mit der Feuerwehr weiter zu prüfen und die sich daraus ergebenden fachlichen, organisatorischen, baulichen, finanziellen und sonstigen Auswirkungen zu bewerten. Dabei sind auch alternative Organisations- und Standortmodelle zu untersuchen und insbesondere, wie eine schrittweise Weiterentwicklung der Feuerwehrstruktur (Stufenmodell) zielführend ist.
4. Soweit sich aus dieser weiteren Prüfung konkrete Handlungsoptionen ergeben, sind diese mit möglichen Alternativlösungen den zuständigen politischen Gremien zur weiteren Beratung und gegebenenfalls zur Entscheidung vorzulegen.
5. Die Befassung mit dem Rahmenkonzept stellt keine abschließende Entscheidung über die Umsetzung einzelner Maßnahmen und insbesondere keine Zusage zur Umsetzung sämtlicher im Rahmenkonzept dargestellter baulicher, organisatorischer oder fahrzeugtechnischer Maßnahmen dar. Die jeweiligen Maßnahmen bedürfen einer gesonderten Prüfung und – soweit erforderlich – einer gesonderten politischen Entscheidung unter Berücksichtigung der fachlichen, rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und städtebaulichen Rahmenbedingungen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1-5 (en bloc)	38	0	0

TOP 8	Budgetbericht zum 30.06.2026 Vorlage: 304/2026
-------	---

Beschlussvorschlag:

Die Budgetberichte zum 30.06.2026 werden zur Kenntnis genommen.

TOP 9	Neubau einer Freiluftsporthalle und eines Padel-Courts im Sportzentrum Lette Vorlage: 271/2026
-------	---

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt die Beschlussvorschläge 1 bis 4 en bloc zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen, dem Neubau einer Freiluftsporthalle „McArena“ auf dem städtischen Sportgelände an der Bruchstraße im Ortsteil Lette zuzustimmen.
2. Der Rat der Stadt Coesfeld ist damit einverstanden, dass der Verein DJK Vorwärts Lette e.V. die Errichtung des Neubaus einschließlich Außenanlagen entsprechend der mit der Verwaltung abgestimmten Planung in eigener Verantwortung übernimmt. Das Kostenrisiko trägt der Verein. Es ist ein Vertrag bezüglich der Eigentumsverhältnisse zwischen Stadt und Verein zu schließen, analog des Vertrages zur Umgestaltung des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz im Sportzentrum Lette. Dieses schließt die zusätzliche Errichtung des beabsichtigten Padel-Courts ein.
3. Die Baumaßnahme wird mit einem Investitionskostenzuschuss aus der Sportpau-
schale in Höhe von 40 % der Gesamtkosten, somit mit 184.000 € unterstützt: (Sport-
pauuschale in Teilbeträgen ab 2027, Vorlagen-Nr. 258/2026)
Für die Gewährung des Investitionskostenzuschusses schließt die Verwaltung mit dem
Verein eine vertragliche Vereinbarung.
4. Sämtliche Betriebs-, Pflege, Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten welche durch
die Baumaßnahmen auch zukünftig entstehen trägt der Verein.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1-4 (en Bloc)	38	0	0

TOP 10	Antrag auf Übernahme der Kosten für die Herrichtung eines Kunstrasenklein- spielfeldes auf der jetzigen öffentlichen Basketballfläche am SZ West, Reining- straße Vorlage: 264/2026
--------	--

Der TOP ist vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt worden.

TOP 11	Anträge auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen aus der Sportpau- schale für das Jahr 2027 ff. Vorlage: 258/2026
--------	---

Frau Diekmann-Cloppenburg berichtet von den Vorberatungen im Haupt- und Finanzaus-
schusses. Da sich jetzt jedoch Änderungen ergeben haben, schlägt sie vor die Zuschüsse für
2028 durch den Wegfall des TOP 10 nicht zur Abstimmung zu stellen und nur über Mittel für
2027 abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, folgende Vorhaben mit einem Investitionskostenzuschuss – vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel in den Haushalten 2027 ff. – zu unterstützen.

2027

Tennisclub Coesfeld 1924 e.V.: <i>Modernisierung und Öffnung der Tennisanlage (2026 und 2027 je 70.000 €)</i>	70.000 € ¹
Sportfischereiverein Coesfeld 1934 e.V. <i>Errichtung einer Zaunanlage</i>	7.000 € ²
DJK Vorwärts Lette e.V. <i>Errichtung einer Mc Arena, insgesamt 184.000 € 2027: 24.000 € 2028: 80.000 € 2029: 80.000 €</i>	24.000 €

2028 – nicht abgestimmt

DJK Eintracht Coesfeld <i>Errichtung Kunstrasenkleinspielfeld im SZ West – Reiningstraße - in Kombination mit der Schaffung einer modernen 3x3 Basketballfläche für die Öffentlichkeit</i>	65.000 €
---	----------

Die Einzelheiten (Verwendungsnachweis, Zweckbindung, etc.) sind in einer vertraglichen Vereinbarung mit dem jeweiligen Verein zu regeln.

Es wird beschlossen, folgende Anträge abzulehnen (Begründung sh. Sachverhalt in der Vorlage 258/2026):

DJK Eintracht Coesfeld e.V. <i>„Erweiterung mobile“ (<u>Durch den Verein zurückgezogen vor der Sitzung</u>)</i>	1.000.000 €
DJK Eintracht Coesfeld e.V. <i>„Umwandlung Rasen- in Kunstrasenplatz SZ West - Haugen Kamp - einschl. Beleuchtung“</i>	400.000 €
SG Coesfeld 06 e.V. <i>„Umwandlung Asche- in Kunstrasenplatz im SZ Süd“</i>	750.000 €

¹ Vgl. bereits erfolgter Beschluss vom 09.10.2025, hier deklaratorisch zur transparenten Abbildung

² abgerundet auf 1.000er Schritte (7.006 € rein rechnerisch)

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 -2027-	38	0	0
Beschlussvorschlag 2028	Keine Abstimmung		
Beschlussvorschlag 2 Ablehnung von Zuschüssen	38	0	0

TOP 12	Antrag der CDU-Fraktion auf strategische Weiterentwicklung des Stellenplans der Stadt Coesfeld Vorlage: 282/2026
--------	---

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt die Beschlussvorschläge 1 und 2 en bloc zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2027 auf den Umfang des Stellenplans 2026 zu begrenzen (Nullstellenplan). Neue Stellen dürfen grundsätzlich nur stellenplanneutral eingerichtet werden. Abweichungen sind dem Rat im Einzelfall nachvollziehbar zu begründen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt für die Haushaltsjahre ab 2028 ein Konzept vorzulegen, das aufzeigt,
 - wie auf Grundlage einer Erhebung aller Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung die Prozesse mit dem größten Digitalisierungspotenzial priorisiert und daraus ein konkreter Maßnahmenplan entwickelt werden können,
 - wie die sich daraus ergebenden Effizienzgewinne durch Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Prozessoptimierung systematisch erfasst und bewertet werden,
 - wie diese Effizienzgewinne künftig im Stellenplan transparent abgebildet werden können,
 - welche organisatorischen und personellen Auswirkungen hieraus entstehen sowie
 - welchen prozentualen Beitrag zur Reduzierung des Stellenbedarfs und der Personalaufwendungen ab dem Haushaltsjahr 2028 realistisch vorgeschlagen werden kann.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 und 2 (en bloc)	38	0	0

TOP 13	Antrag der CDU-Fraktion: Prüfauftrag zur Entwicklung eines Boardinghauses für Auszubildende mit integriertem Wohnkonzept zur Förderung der Integration Vorlage: 260/2026
--------	---

Frau Diekmann-Cloppenburg führt aus, der nun vorliegende Antrag werde von der Verwaltung als Prüfauftrag verstanden, der bei entsprechender Beschlussfassung aufgenommen und bearbeitet werden könne. Wie bereits beim Antrag Wetmarstraße könne sich die Verwaltung vorstellen, ein entsprechendes Projekt an anderer Stelle umzusetzen.

Herr Prinz erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine sofortige Entscheidung sei zwar grundsätzlich möglich, jedoch vertrete die Fraktion die Auffassung, dass die zuständigen Fachausschüsse vor einer weiteren Befassung einbezogen werden sollten. Er regt an, zunächst den Fachausschüssen (Planen und Bauen sowie Familie, Senioren und Soziales) Gelegenheit zur inhaltlichen Mitwirkung zu geben, damit dort weitere Gesichtspunkte in die Beratung eingebracht werden könnten.

Herr Tranel stellt klar, dies sei zwar zuvor nicht ausdrücklich erörtert worden, für seine Fraktion sei jedoch selbstverständlich, dass ein erteilter Prüfauftrag im weiteren Verfahren auch durch die zuständigen Fachausschüsse laufen werde.

Frau Diekmann-Cloppenburg erläutert die zwei möglichen Verfahrensweisen. Die Verwaltung erhält sofort den Prüfauftrag, erstellt ein Konzept und leite dieses in die Fachausschüsse weiter, wo es ergänzt und vertieft werden könne. Alternativ könne der Antrag zunächst in die Fachausschüsse verwiesen werden, damit dort der Prüfauftrag inhaltlich weiter konkretisiert werde; die Verwaltung würde dann auf dieser Grundlage einen Vorschlag ausarbeiten, der wiederum in die Fachausschüsse eingebracht werde.

Herr Volmer erklärt, er unterstütze das von Herrn Tranel dargestellte Vorgehen, wonach zunächst eine Vorarbeit durch die Verwaltung erfolgen und diese sodann in die Fachausschüsse eingebracht werden solle. Man sei sich in der Sache einig, dass das Thema behandelt werden solle; dies solle jedoch zweckmäßigerweise auf Grundlage einer vorbereitenden Ausarbeitung der Verwaltung und anschließend in den Fachausschüssen erfolgen.

Herr Prinz erklärt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesem Vorgehen anschließen könne. Die Fachausschüsse könnten sich sodann im weiteren Verfahren inhaltlich mit dem Vorschlag befassen.

Frau Diekmann-Cloppenburg fasst die Diskussion zusammen und stellt die Beschlussvorschläge aus dem Antrag en bloc zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Antrag der CDU -Fraktion: Prüfauftrag zur Entwicklung eines Boardinghauses für Auszubildende mit integriertem Wohnkonzept zur Förderung der Integration

Die CDU-Fraktion beantragt, der Rat der Stadt Coesfeld möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der SEG Coesfeld die Machbarkeit und die konzeptionelle Umsetzung eines Boardinghauses für Auszubildende in Coesfeld zu prüfen.
2. Ziel des Boardinghauses ist die Schaffung von bezahlbarem, zeitlich befristetem Wohnraum für Auszubildende, um den Wirtschaftsstandort Coesfeld zu stärken und den Fachkräftenachwuchs zu unterstützen.
3. Im Rahmen der Konzeptentwicklung ist zu prüfen, ob ein festzulegender prozentualer Anteil der Wohnplätze dauerhaft für Geflüchtete vorgesehen werden kann. Hierdurch

soll neben der Wohnraumversorgung insbesondere die Integration durch Begegnung und gemeinsames Zusammenleben gefördert werden.

4. Das Konzept soll besonderen Wert auf gemeinschaftlich nutzbare Bereiche (z. B. Gemeinschaftsküche, Aufenthaltsräume, Lern- und Freizeitbereiche sowie Außenflächen) legen, um den Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern aktiv zu unterstützen.
5. Nach Besetzung der Stelle des Integrationsbeauftragten der Stadt Coesfeld ist dieser frühzeitig in die Konzeptentwicklung einzubeziehen. Er soll gemeinsam mit der SEG Coesfeld ein sozialpädagogisches Begleitkonzept entwickeln, das die bauliche Planung ergänzt und Maßnahmen zur Förderung von Integration, Teilhabe und nachbarschaftlichem Miteinander beschreibt.
6. Die Verwaltung berichtet dem Rat über die Ergebnisse der Prüfung und legt ein Realisierungskonzept einschließlich möglicher Standorte, Investitions- und Betriebskosten, Fördermöglichkeiten sowie eines Betreiberkonzeptes vor.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1-6 (en Bloc)	38	0	0

TOP 14	Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD "Verkehrsberuhigung am Feldweg priorisieren" Vorlage: 287/2026
--------	---

Frau Diekmann-Cloppenburg trägt die im Ausschuss für Planen und Bauen geänderten Beschlussvorschläge sowie der weiteren Beschlussvorschläge der Fraktionen vor.

Sie stellt ergänzend klar, die in einem Pressekommentar vermittelte Darstellung, wonach die vorgeschlagene Aufpflasterung eine fachliche Empfehlung der Verwaltung sei, treffe nicht zu. Aus fachlicher Sicht seien weder Aufpflasterungen noch Sinuskurven geeignete Maßnahmen, um im verkehrsberuhigten Bereich am Feldweg eine Reduzierung auf Schrittgeschwindigkeit zu erreichen. Die Verwaltung spreche sich weiterhin für die bestehende Sperrung aus, da diese mit geringem Finanz- und Materialeinsatz habe umgesetzt werden können und Zählungen gezeigt hätten, dass sie wirke. Für den Fall einer mehrheitlichen Entscheidung zugunsten von Plateauaufpflasterungen weist sie auf den finanziellen Aufwand hin, der nach ihrer Einschätzung im sechsstelligen Bereich liege, ohne dass damit das Ziel sicher erreicht werde.

Herr Volmer nimmt Bezug auf die vorangegangene Einwohnerfragestunde und betont, es handle sich zwar um einen Ratsbeschluss auf Mehrheitsbasis, die Wählergemeinschaft Pro Coesfeld habe jedoch von Beginn an eine klare Linie vertreten. Bei einer Bewertung nach Fachlichkeit und Sachargumenten müsse festgestellt werden, dass die Sperrung im Rahmen des Verkehrsversuchs erfolgreich gewesen sei, weil die Verkehrsbelastung auf den umliegenden Straßen nicht gestiegen sei. Dieser Effekt habe sich nach Fertigstellung der Umgehungsstraße bestätigt. Er verweist außerdem auf weitere Sperrungen im Stadtgebiet, die der Verkehrslenkung dienten und sich bewährt hätten, etwa im Bereich Wahrkamp oder Honigbach. Mit Blick auf die erheblichen Kosten einer Aufpflasterung und bestehende Investitionsbedarfe, insbesondere bei der schulischen IT- Ausstattung beantragt er für Pro Coesfeld, den Ratsbeschluss 078/2026 aufzuheben und bei der Beibehaltung der Sperrung zu bleiben.

Herr Flögel ergänzt, die behauptete Abkürzung über den Feldweg sei tatsächlich keine zeitliche Verkürzung, sondern dauere etwa 50 Sekunden länger, bei Einhaltung der dort geltenden Verkehrsregeln.

Herr Honermann erklärt, seine Fraktion Volt schließe sich dem Antrag auf Beibehaltung der Sperrung an. Es sei nicht sinnvoll, Gelder für Maßnahmen auszugeben, die das Ziel der Verkehrsberuhigung nicht erreichten. An anderer Stelle werde bei Klima-, Umwelt- und Personalthemen auf jeden Euro geachtet, während hier möglicherweise sogar 100.000 Euro für ungeeignete Maßnahmen eingesetzt würden. Für den Fall, dass die Sperrung dennoch aufgehoben werde, beantragt er ersatzweise, die Straße Feldweg zu einem tatsächlich verkehrsberuhigten Bereich nach dem Vorbild der Straße „Am Roten Baum“ umzubauen. Dort funktioniere die Verlangsamung des Verkehrs durch eine vernünftige Spielstraßengestaltung mit Baumin-seln gut. Sollte auch dieser Antrag abgelehnt werden, solle jedenfalls der bereits im Bauaus-schuss gestellte Antrag auf Anlage von Baumin-seln weiterverfolgt werden, da diese ebenfalls zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen könnten.

Herr Prinz hebt hervor, das Thema sei bereits vielfach beraten worden. Er verweist darauf, dass im verkehrsberuhigten Straßenbereich Schrittgeschwindigkeit vorgeschrieben sei und es paradox erscheine, viele Tausend Euro für Aufpflasterungen auszugeben, die zu schnell fah-rende Autofahrer lediglich von 35 bis 40 km/h auf etwa 30 km/h reduzierten. Solche Maßnah-men hätten in einem Bereich, in dem Schrittgeschwindigkeit gelte, nichts zu suchen. Stattdes-sen müsse das vorgeschriebene Verhalten kontrolliert werden. Er betont, der Verkehrsversuch sei erfolgreich gewesen; es habe nur geringe Ausweichverkehre auf den Buchholzweg gege-ben, damit sei eines der wesentlichen Ziele umgesetzt worden. Seine Fraktion unterstütze daher sowohl den Antrag von Pro Coesfeld als auch den Antrag von Volt.

Herr Böyer wendet sich an CDU und SPD und erklärt, angesichts des Antragstitels „Verkehrs-beruhigung am Feldweg priorisieren“ und der geführten Debatte müsse der Antrag aus ihrer Sicht vielmehr „Verkehrsbeschleunigung am Feldweg beschleunigen“ heißen.

Frau Albertz verweist neben dem bereits mehrfach angesprochenen finanziellen Aspekt und dem aus ihrer Sicht zweifelhaften Erfolg der Maßnahmen insbesondere auf das Gefahrenpo-tenzial. Die Straße werde nicht nur von Autos der Anlieger, sondern auch von Radfahrern, kleinen Kindern, älteren Menschen, Scooterfahrern, Lastenrädern und Senioren mit Mobilitäts-hilfen genutzt. Für diese Verkehrsteilnehmer bedeuten bauliche Veränderungen der Straße auf dem täglichen Weg zusätzliche Erschwernisse und Risiken, welche nicht außer Acht ge-lassen werden dürfen bei der Beschlussfassung.

Herr Nielsen führt aus, würden sich alle an die gesetzlichen Vorgaben der StVO halten, wäre eine Diskussion über den Feldweg entbehrlich. Tatsächlich gehe es aber darum, wie mit Fehl-verhalten umzugehen sei. Verkehrszeichen, Höchstgeschwindigkeiten und die Gestaltung des Verkehrsraums dienten dazu, das rechtlich ohnehin Gebotene durchzusetzen. Das absolut wirksamste Mittel sei zweifellos die Sperrung oder Teilspernung. In Coesfeld seien 85 % aller Wohngebiete flächenhaft verkehrsberuhigt. Auch dort werde regelmäßig gegen die Vorgaben verstoßen. Seine Fraktion die SPD wolle Sperrungen und Teilspernungen in Abwägung der Gesamtwirkungen dennoch möglichst vermeiden. Würde man das „radikalste“ Mittel der Sper-rung auch in der Folge in anderen Straßen anwenden, stelle sich die Frage nach Verlage-rungseffekten, der Erreichbarkeit für Anwohner, Post etc. und nach angepassten Rettungs-wegkonzepten. Die Einschätzung der Bürgermeisterin, dass Aufpflasterungen oder Sinuswel-len durch günstigere Maßnahmen ersetzt werden könnten, nehme er zur Kenntnis, bezweifle jedoch deren Wirksamkeit. Wirklich wirksam sei nur die Sperrung, diese wolle seine Fraktion jedoch nicht mittragen. Als Beispiel für wirksame Sanktionierung verweist er auf andere Länder und die Höhe der Bußgelder für Geschwindigkeitsüberschreitungen.

Frau Diekmann-Cloppenburg verweist auf die nicht vorhandene Zuständigkeit in diesem Be-reich.

Herr Bücking erklärt, man tausche die gleichen Argumente inzwischen zum wiederholten Male aus. Im Planungsausschuss habe bereits eine intensive Diskussion stattgefunden, sodass eine erneute Grundsatzdebatte im Rat eigentlich vermieden werden sollte. Für CDU und SPD sei das Ziel von Anfang an gewesen, den Verkehr nicht durch Sperrungen zu unterbrechen. Man habe seinerzeit nicht nur mit Anliegern einer Teilstraße, sondern im gesamten Wohngebiet und mit vielen Bürgern gesprochen und das Gebiet aufwendig befragt. Daher komme man auch bei der Frage der Verkehrsverlagerung zu einer anderen Einschätzung, die nicht nur den Buchholzweg, sondern auch den Hengtering einbeziehe. CDU und SPD hätten Sperrungen nie als adäquates Mittel für Verkehrsführung in der Stadt gehalten. Das entspreche auch ihrer Linie in anderen Fällen, etwa an der Hohen Lucht. Daher halte seine Fraktion an dem Beschluss aus dem Ausschuss Planen und Bauen fest.

Herr Flögel widerspricht der Einordnung von Sperrungen als „radikale“ Maßnahme. Vielmehr seien sie die einzig wirksame Lösung. Gerade am Feldweg bestehe die günstige Situation, dass der Verkehr auf Sammelstraßen im Umfeld verlagert und dort gebündelt werden könne, wodurch andere Bereiche entlastet würden. Dies entspreche genau dem von Verkehrsplanern empfohlenen Weg, um die Belastung durch Verkehrsemissionen zu minimieren.

Frau Albertz greift die Wortwahl „radikal“ auf und weist diese zurück, da damit Begriffe wie kompromisslos oder unangemessen mitschwingen würden. Es sei nicht radikal, einen vergleichsweise sehr günstigen Poller zu befürworten, der andere Verkehrsteilnehmer weiterhin durchlasse. Eher könne man es als radikal bezeichnen, einen sechsstelligen Betrag für eine kleine Straße auszugeben, obwohl das Geld an anderer Stelle dringend benötigt werde und die Anliegen der Anwohner nach Verkehrsberuhigung missachtet würden. Sie fordert die Anwohnenden auf ihren Unmut kund zu tun.

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt fest, dass alle Argumente ausgetauscht sein und fasst die abzustimmenden Beschlüsse zusammen:

Beschlussvorschlag Pro Coesfeld (in der Sitzung gestellt):

Es wird beschlossen, den Ratsbeschluss vom 07.05.2026 zur Vorlage 078/2026 aufzuheben.

Beschlussvorschlag (Alternative der Verwaltung in Sitzung HFA und Rat angepasst):

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, die Verkehrsberuhigung am Feldweg durch drei Plateauaufpflasterungen entsprechend der als Anlage beigefügten Planung im laufenden Jahr umzusetzen und anschließend den Poller zu entfernen. Sofern eine Umsetzung bis zum 31.12.2026 nicht erfolgt ist, ist der Poller unverzüglich zu entfernen

Beschlussvorschlag Volt (in Sitzung PB gestellt):

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung die Möglichkeit der Anpflanzung von Bäumen im Straßenraum prüft.

Beschlussvorschlag Volt (in Sitzung gestellt):

Es wird beschlossen, bei der Anpflanzung von Bäumen die Ausgestaltung der Bauminseln, am Beispiel der Straße „Am Roten Baum“, also in den Straßenraum versetzt und großzügig gestaltet, durch die Verwaltung zu prüfen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag Pro Coesfeld (in Sitzung gestellt)	15	23	0
Beschlussvorschlag (Alternative der Verwaltung in Sitzung PB und Rat angepasst):	22	16	0
Beschlussvorschlag Volt (aus dem PB)	36	1	1
Beschlussvorschlag Volt (in Sitzung gestellt):	16	8	14

TOP 15	Antrag der Fraktion der CDU "Einrichtung einer Fußgängerzone an der Letter Straße" Vorlage: 307/2026
--------	---

Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion der CDU):

Zur Attraktivierung der Innenstadt wird die Letter Straße zwischen der Hinterstraße/Kellerstraße und dem Jakobiring/Burgring in eine Fußgängerzone umgewidmet. Des Weiteren soll im Kreuzungsbereich Hinterstraße/Kellerstraße und Letter Straße ein Zebrastreifen eingerichtet werden, um den Übergang für Fußgänger zu vereinfachen.

Beschlussvorschlag (Alternative der Verwaltung):

Der Antrag der Fraktion der CDU wird zunächst zur Vorberatung in den Ausschuss für Planen und Bauen und den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Beschlussvorschlag Fraktion FAMILIE (In Sitzung gestellt):

Es wird beschlossen, den Kreuzungsbereich Letterstraße/Jakobiwall bei der Prüfung baulicher Veränderungen vor dem Hintergrund des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion CDU)	Keine Abstimmung		
Beschlussvorschlag (Antrag der Verwaltung)	38	0	0
Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion FAMILIE)	37	0	1

TOP 16	Festlegung einer Fläche zur Realisierung eines Tiny Forest Vorlage: 297/2026
--------	---

Herr Rulle berichtet aus den Beratungen des Umweltausschusses. Fehlende Unterlagen (Lageplan) sowie die Klärung, ob die Fläche tatsächlich ganzjährig zur Verfügung steht, seien diskutiert worden. Das im nächsten Jahr anstehende große Stadtschützenfest würde die Fläche auch nutzen müssen. Vor diesem Hintergrund stelle man das Projekt als solches nicht in Frage, lehne die Vorlage wegen der aus seiner Sicht noch offenen Fragen jedoch ab.

Herr Hänsel entgegnet, der fehlende Lageplan sei nachgereicht worden. Die Örtlichkeit sei somit bekannt. Zudem habe es Gespräche mit den hauptsächlich betroffenen zwei Schützenvereinen gegeben, die die Fläche nutzten. Von beiden Vereinen liege die Rückmeldung vor, dass gegen den vorgesehenen Standort keine Einwände bestünden. Die Initiatoren hätten dies im Vorfeld mit den Vereinen besprochen; die Zustimmung, insbesondere in Bezug auf den Standort im Zusammenhang mit Toilettencontainern beziehungsweise einer Anlage, liege vor.

Herr Ruthmann erklärt, er habe mit dem Vorstand des betroffenen Vereins gesprochen und von dort die Rückmeldung erhalten, dass es keine Kommunikation gegeben habe, mit Ausnahme einer kurzen mündlichen Information während einer Ortsbegehung vor dem Schützenfest, bei der es um die Frage gegangen sei, ob die Wiese gemäht werde oder nicht. Daraus folge aus seiner Sicht, dass die Kommunikation nicht so eindeutig verlaufen sei, wie es zuvor dargestellt worden sei.

Herr Hänsel erwidert, er gehe davon aus, dass der Verwaltung die Sachlage zutreffend wiedergegeben worden sei; auch der Bauhof beziehungsweise Baubetriebshof sei einbezogen gewesen. Maßgeblich sei, dass nunmehr von beiden Schützenvereinen schriftliche Stellungnahmen vorlägen, **wonach gegen den Standort keine Bedenken bestünden.**

Frau Wehling verweist auf die nachgereichte umfangreiche Präsentation, die nach ihrer Einschätzung zahlreiche Fragen beantwortet habe, unter anderem auch die Abstimmung mit den Bürgerschützen. Der Tiny Forest werde als wichtige Maßnahme für den Klimaschutz bewertet und deshalb ausdrücklich unterstützt.

Herr Volmer hebt das bürgerschaftliche Engagement hervor und stellt fest, dass damit ein bereits seit mehr als sechs Jahren bestehender Ratsbeschluss wieder aufgegriffen werde. Er erinnert daran, dass die Initiative seinerzeit durch einen Mehrheitsbeschluss auf den Weg gebracht worden sei und nun umgesetzt werden solle. Die ablehnende Haltung der CDU bewertet er als destruktiv. Wenn man den Ausführungen der Verwaltung folge, habe es Gespräche gegeben; selbst wenn die interne Kommunikation verbesserungswürdig sei, ändere dies aus seiner Sicht nichts daran, dass es sich um ein starkes Zeichen gelebten Bürgerengagements handele. Deshalb spreche er sich für die Unterstützung der Maßnahme aus.

Frau Albertz erklärt als Vorsitzende des Umweltausschusses, sie könne die ablehnende Haltung nicht nachvollziehen. Der Tiny Forest komme auch den Bürgerschützen sowie insgesamt der Allgemeinheit zugute. Sie kritisiert, dass die Belange einer kleinen Gruppe, die die Fläche nur an wenigen Tagen im Jahr nutze, höher gewichtet würden als die Realisierung eines erstmaligen Projekts, dessen Umsetzung seit sechs Jahren angestrebt werde.

Herr Tranel stellt klar, dass ein mit Mehrheit gefasster Beschluss aus seiner Sicht selbstverständlich akzeptiert werde und kein Beschluss minderen Ranges sei. Zugleich betont er erneut, dass sich die Kritik nicht gegen das Projekt Tiny Forest als solches richte, sondern gegen den aus seiner Sicht zweifelhaften Standort. Die Rückmeldungen, die seine Fraktion erhalten habe, wichen von den Darstellungen der Verwaltung ab. Deshalb halte man an den Hinweisen auf die Problemlage fest. Im kommenden Jahr müsse auf der Fläche für das Stadtschützenfest Platz für 1.800 bis 2.000 Schützen vorhanden sein. Welche Prioritäten insoweit gesetzt würden, sei Sache des Rates; seine Fraktion bleibe dabei, dass nicht der Tiny Forest, sondern der Standort in Zweifel gezogen werde.

Herr Schulze Spüntrup führt bezüglich des Stadtschützenfestes aus, er sei selbst bereits dort gewesen. In dem Bereich, in dem der Tiny Forest vorgesehen sei, habe sich bislang nichts befunden; die Toilettencontainer sowie Getränke- und Essstände hätten sich an anderer Stelle entlang der Loddentallee sowie an der Berkel beziehungsweise der Umflut erstreckt. Vor diesem Hintergrund könne er die Diskussion um die Standortfrage nicht nachvollziehen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld stimmt der Planung und Umsetzung eines Tiny Forests auf der Fläche Burgwall / Loddentallee in einer Größe von ca. 100 m² zu.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	20	14	4

TOP 17	Zuleitung des Jahresabschlussentwurfes 2025 der Stadt Coesfeld gem. § 95 Abs. 5 GO NRW Vorlage: 222/2026
--------	---

Frau Mittmann berichtet, dass die Berichte zum Jahresabschluss 2025 bereits vor den Sommerferien übersandt wurden und allen Ratsmitgliedern zur Verfügung stünden. Ergänzend stellt sie nun eine neue Möglichkeit vor, mit der sich die Mitglieder des Gremiums künftig mit den Finanzdaten befassen könnten. Hierzu sei vor einiger Zeit eine neue Software eingeführt worden. Der entsprechende Link werde auf der Internetseite der Stadt Coesfeld bereitgestellt. Zunächst werde mit der Jahresrechnung 2025 gestartet. Sie erläutert kurz die verschiedenen Möglichkeiten der Anwendung. *(Der Link wurde den Ratsmitgliedern bereits per E-Mail übersandt).*

Frau Mittmann stellt in diesem Zusammenhang fest, die derzeitige finanzielle Entwicklung gebe Anlass zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit den Zahlen. Zwar habe die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen zuvor auf bislang gute Zahlen und eine vorhandene Ausgleichsrücklage verwiesen; zugleich liege das Jahresergebnis 2025 bei minus 6,4 Mio. Euro, und die Tendenz sei negativ. Diese Entwicklung sei bereits in den vergangenen Jahresabschlüssen und im Haushalt angesprochen worden. Die nun vorgestellte Software solle deshalb auch dazu beitragen, die finanzielle Entwicklung nachvollziehbarer zu machen. Zudem bestehe die Möglichkeit, auf Anregung weitere Grafiken, etwa aus dem Lagebericht, in die Darstellung aufzunehmen.

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt fest, der Tagesordnungspunkt sei inhaltlich auf den Jahresabschlussentwurf gerichtet, der erstmals mit minus 6,4 Mio. Euro negativ ausfalle. Auch wenn die gpaNRW die Finanzsituation mit Blick auf die noch vorhandene Ausgleichsrücklage positiv eingeordnet habe, zeige der Blick auf die Planungsjahre, dass diese Rücklage nach der derzeitigen Planung im Jahr 2028 aufgebraucht sein werde. Da dieses Jahr nicht mehr weit entfernt sei, müssten nun sehr umfangreiche neue Verabredungen getroffen werden, um diese Entwicklung abzuwenden. Der Jahresabschluss müsse insofern als Mahnung verstanden werden.

Sie erklärt weiter, mit Blick auf die Beratungen, insbesondere auch zum Haushaltsentwurf 2027, werde eine deutliche finanzpolitische Zurückhaltung erforderlich sein. Sie äußert, es verwundere sie, dass im vergangenen Haupt- und Finanzausschuss an mehreren Stellen eine über den eigentlichen Bedarf hinausgehende Förderung gewünscht worden sei. Dies werde in der kommenden Zeit sehr deutlich einzuschränken sein. Die finanziell besseren Jahre seien aus ihrer Sicht vorbei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2025 zur Kenntnis und leitet ihn nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	38	0	0

TOP 18 Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung Vorlage: 226/2026
--

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt die geänderten Beschlussvorschläge aus dem Haupt- und Finanzausschuss vor. Sie ergänzt, dass eine Zustimmung zu den durch die Verwaltung vorgeschlagenen Gebühren, im Hinblick auf die Haushaltsentwicklung, auch ein Zeichen hätte sein können. Im Zusammenhang mit dem vorherigen Tagesordnungspunkt führt sie aus, man habe sich gemeinsam für die Errichtung eines großen Parkhauses entschieden, um das Thema Parken in anderer Qualität und Größenordnung umzusetzen. Da hierfür erhebliche Finanzmittel erforderlich seien, zugleich aber an anderer Stelle keine Gebührenerhebungen in entsprechender Größenordnung mitgetragen würden, müsse man prüfen, wie die vorgesehenen Projekte künftig umgesetzt werden könnten.

Herr Thies ergänzt, dass die angepasste Gebührenordnung als Anlage 1a zur Vorlage 226/2026 bereitgestellt sei. Es gäbe da auch Berechnungen bezüglich der entstehenden Realkosten für die Erstellung der Parkausweise für die gewünschten unterschiedlichen Gültigkeitszeiträume. Die entsprechende Verwaltungsgebühr wird nur einmalig erhoben, je Ausstellung.

Herr Volmer verweist darauf, dass der Antrag der Wählergemeinschaft Pro Coesfeld ebenfalls eine regelmäßige Überprüfung vorsehe.

Beschlussvorschlag (in Sitzung angepasst):

1. a) Der Rat beschließt die Bewohnerparkausweis-Gebührenverordnung gemäß Anlage 1. Die Gebührenverordnung tritt zum 01.01.2027 in Kraft. Es wird eine jährliche Gebühr i. H. v. 150,00 € für die Ausstellung eines Bewohnerparkausweises an Berechtigte festgelegt. Die Höhe der Gebühr wird regelmäßig überprüft.
- b) Der Rat beschließt die Bewohnerparkausweis-Gebührenverordnung gemäß Anlage 1. Die Gebührenverordnung tritt zum 01.01.2027 in Kraft. Es wird eine jährliche Gebühr

i. H. v. 85,00 € für die Ausstellung eines Bewohnerparkausweises an Berechtigte festgelegt. *Die Höhe der Gebühr wird regelmäßig überprüft.*

2. Bewohnerparkausweise, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Gebührenverordnung noch nicht abgelaufen sind, behalten ihre Gültigkeit bis zum eingetragenen Ablaufdatum. Eine Verlängerung der Ausweise ist frühestens einen Monat vor Ablauf der Gültigkeit zulässig.
3. *Die bestehende Gebührenordnung wird angepasst, um die Möglichkeit der Ausstellung eines Bewohnerparkausweises für einen halbjährlichen Zeitraum.*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1a (in Sitzung ergänzt)	14	24	0
Beschlussvorschlag 1b (in Sitzung ergänzt)	28	9	1
Beschlussvorschlag 2	38	0	0
Beschlussvorschlag 3 (in Sitzung gestellt)	38	0	0

TOP 19 Außenbereichssatzung Klye - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 268/2026
--

Herr Flögel erklärt, dass eine Aufstellung in diesem Bereich den Grundsätzen der Raumordnung widersprechen würde und er daher nicht zustimmen werde.

Beschlussvorschlag 1:

Der Rat beschließt gemäß § 35 Abs. 6 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen (GO NRW) die beigefügte Außenbereichssatzung (s. Anlage 2) "Außenbereichssatzung Klye" aufzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	33	1	1

Frau Kullik, Frau Wehling und Herr Kämmerling befinden sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 20	Innenbereichssatzung Harle - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 269/2026
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Der Rat beschließt gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen (GO NRW) die beigefügte Entwicklungssatzung "Innenbereichssatzung Harle" aufzustellen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Grundstückseigentümer einen städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zur Sicherung der Errichtung von sozial gefördertem Wohnraum im Geltungsbereich der vorliegenden Satzung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 und 2 (en Bloc abgestimmt)	33	2	0

Herr Kämmerling, Frau Kullik und Frau Wehling befinden sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 21	Bebauungsplan Nr. 150/6 „Innenstadt – Bereich Basteiring - Süringstraße" – Aufstellungsbeschluss Vorlage: 305/2026
--------	---

Frau Diekmann-Cloppenburg fasst die bisherigen Beschlüsse zu den Beschlussvorlagen zusammen. Ziel der Verwaltung sei die zügige Umsetzung zur Gewinnung von Wohnraum. Ein Bebauungsplan für diesen Bereich würde zeitliche Verzögerungen bringen.

Herr Prinz spricht sich gegen eine Aufstellung aus, da die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ebenfalls für eine schnelle Umsetzung von bezahlbaren Wohnraum sei.

Herr Volmer schließt sich im Namen der Fraktion Pro Coesfeld den Ausführungen von Frau Diekmann-Cloppenburg und Herrn Prinz an.

Herr Tasler erwidert, dass die CDU- Fraktion für den Aufstellungsbeschluss stimmen wird. Sehr wohl sein man für die schnelle Umsetzung von bezahlbaren Wohnraum, jedoch ist man im Bereich der „Wälle“ für eine einheitliche Baukörpergestaltung.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan aufzustellen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich im westlichen Teil der Coesfelder Innenstadt.

Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

- Im Norden durch den Köbbinghof,

- im Westen durch den Basteiring,
- im Süden durch die Süringstraße,
- im Osten durch die Rosenstraße und
- im Nordosten durch den Fußweg im rückwärtigen Bereich der Martin-Luther-Schule und des evangelischen Gemeindehauses.

Folgende Flurstücke sind im Geltungsbereich enthalten:

- Stadt Coesfeld, Gemarkung Coesfeld-Stadt, Flur 29, Flurstücke 4, 5, 6, 9, 10, 84, 85, 87, 88 - 93, 99, 103, 111, 112, 122 - 126, 144, 145, 147 - 150, 151, 157 - 159, 166, 167, 170 - 172, 179, 183, 195 - 197.

Die genaue Abgrenzung des etwa 1,9 ha großen Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 150/6 „Innenstadt – Bereich Basteiring - Süringstraße“ wird aus dem Übersichtsplan ersichtlich (s. Anlage 1 zur Vorlage 305/2026).

Mit diesem Beschluss wird der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans Nr. 132 „Süringstraße – Kapuzinerstraße“ vom 30.01.2014 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	23	12	2

Herr Kämmerling befindet sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 22	Einordnung unterschiedlicher Sicherheitsansätze (räumliche und szenarienbedingte Schutzwirkung) Vorlage: 262/2026
--------	--

Frau Diekmann-Cloppenburg fasst die Diskussionen aus dem Haupt und Finanzausschuss zusammen. Man sei sich einig gewesen, dass man keine 100 prozentigen Schutz erreichen können bezogen auf alle denkbaren Szenarien.

Beschlussvorschlag:

1. Das durch die Stadt Coesfeld anzustrebende Schutzziel wird wie folgt definiert:
 - a. Der Marktplatz und die Fußgängerzone sollen ganzjährig vor Überfahrtaten geschützt sein.
alternativ:
 - b. Eine unkontrollierte Einfahrt in den Schutzbereich soll nicht möglich sein.
alternativ
 - c. Überfahrtaten mittels eines mehrspurigen Fahrzeuges sollen an den jeweiligen Veranstaltungsorten nicht möglich sein.
alternativ
 - d. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung soll gestärkt werden.
alternativ

e. Antrag Herr Prinz: Der Marktplatz soll ganzjährig geschützt sein. (In Sitzung HFA gestellt)

2. Zur Erreichung des unter dem Beschlussvorschlag ____ beschriebenen Schutzzieles sind die notwendigen Gesamtkosten i. H. v. _____ € im Haushalt des Jahres _____ (alternativ: der Jahre _____ - _____) zu veranschlagen.

alternativ

3. Das unter Beschlussvorschlag ____ beschriebene Schutzziel soll durch mobile Absperreinrichtungen (ggfls. ergänzt um statische Poller) erreicht werden. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Überlegungen fortzuführen und der Politik ein konkretes System/Konzept vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 a	4	32	2
Beschlussvorschlag 1b	Keine Abstimmung		
Beschlussvorschlag 1c	37	0	1
Beschlussvorschlag 1d	36	1	1
Beschlussvorschlag 1e (Prinz)	15	23	0
Beschlussvorschlag 2 und 3	Keine Abstimmung		

TOP 23	Stadtklimaanalyse und Freiraumstrategie für die Stadt Coesfeld Vorlage: 283/2026
--------	---

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld nimmt die vorliegende Stadtklimaanalyse und Freiraumstrategie für die Stadt Coesfeld zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die vorliegende Stadtklimaanalyse und Freiraumstrategie für die Stadt Coesfeld als fachliche Grundlage für die weitere klimaangepasste Stadt- und Freiraumentwicklung.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	37	0	0

Herr M.Fabry befindet sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 24	Durchführung einer Elternbefragung im Rahmen der Schulentwicklung im Sekundarbereich Vorlage: 256/2026
--------	---

Herr Thies berichtet aus dem Ausschuss für Kultur, Schule und Sport über die dortigen Abstimmungen. Der Antrag der SPD sei mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt worden. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei mit 6 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung ebenfalls abgelehnt worden. Zudem sei ein ergänzender Antrag der Fraktion Pro Coesfeld beraten worden, der darauf abgezielt habe, im Rahmen der Elternbefragung weitere Trends und Methodiken der Schulentwicklungsplanung ermitteln zu lassen; auch dieser Antrag sei mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt worden.

Herr Tasler führt aus, die Angelegenheit sei bereits ausführlich diskutiert worden. Unterschiedliche Auffassungen zum Thema Gesamtschule seien bekannt. Überraschend sei jedoch gewesen, dass gegen eine Elternbefragung so deutlich argumentiert worden sei. Aus seiner Sicht könne eine Befragung nur zu einem Erkenntnisgewinn führen, da Eltern danach gefragt würden, an welchen Schulen sie ihre Kinder anmelden wollten; ein Nachteil sei damit nicht verbunden.

Herr Vogel erklärt, es sei nachvollziehbar, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag stelle, da dieser auch ihrer politischen Zielrichtung entspreche. Zwar erscheine der Antrag zunächst als bloße Elternbefragung, tatsächlich sei damit jedoch aus seiner Sicht das legitime politische Ziel verbunden, gegebenenfalls ein gewünschtes Ergebnis in Richtung einer Gesamtschule zu erreichen. Seine Fraktion bewerte dies anders. Maßgeblich sei, was für Coesfeld sinnvoll sei. Derzeit bestehe nach seiner Darstellung eine relativ große Zufriedenheit mit dem bestehenden Schulsystem. Es gebe nur wenige Bildungsauspendler, aber zahlreiche Bildungseinpender. Coesfeld verfüge über ein breit gefächertes und im kommunalen Vergleich starkes Schulsystem mit gelebter Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Weiter führt er aus, die Schulen stünden aktuell vor erheblichen Herausforderungen, die nicht nur baulicher Art seien. Vielmehr müssten sie ihre Schul- und Unterrichtsentwicklung an sich wandelnde Rahmenbedingungen anpassen, was sich auch in konkreten baulichen Veränderungen, etwa am Nepomucenum und an der Theodor-Heuss-Realschule, niederschläge. In dieser Situation könnten die Schulen nach seiner Auffassung keine zusätzliche Unsicherheit gebrauchen. Eine Elternbefragung könne die Sorge auslösen, ob die aktuelle Schulentwicklung und der Bestand einzelner Schulen überhaupt noch gesichert seien. Seine Fraktion wolle den Schulen vielmehr Sicherheit geben und hinter deren Bestand sowie hinter ihrer Entwicklungsarbeit stehen. Wenn man andere Schulformen in Betracht ziehe, müsse man nach seiner Auffassung auch konkret benennen, welche bestehenden Schulen wegfallen würden.

Herr Volmer erinnert an die Diskussionen aus dem Jahr 2003 über die Schließung von Grundschulen im Außenbereich. Damals habe er als betroffener Elternteil den Eindruck gehabt, dass seitens des Rates ohne Einbeziehung der Betroffenen entschieden worden sei; aus solchen Erfahrungen sei unter anderem die Wählergemeinschaft Pro Coesfeld entstanden. Inhaltlich halte auch seine Wählergemeinschaft die bestehenden Schulformen in Coesfeld einschließlich der Förderschulen und der Hauptschule für gut und erfolgreich. Gleichwohl sei es kritisch, die Beteiligten nicht einzubeziehen. Wer Bürgerbeteiligung für sich beanspruche, müsse auch die Eltern in die Schulentwicklungsplanung einbeziehen. Er spricht sich deshalb für eine integrierte Elternbefragung im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans aus. Den Verwaltungsvorschlag und den ergänzenden Vorschlag aus dem Schulausschuss unterstütze seine Wählergemeinschaft. Die geäußerten Vorbehalte gegenüber einer möglichen Rückmeldung aus der Elternschaft könne er nicht nachvollziehen.

Frau Diekmann-Cloppenburger erläutert den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung. Danach solle auf Grundlage der Ergebnisse der demografischen Analyse und der

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung geprüft werden, ob und in welcher Form eine ergänzende Elternbefragung durchgeführt werde. Eine unmittelbare Integration in das laufende Verfahren sei nicht mehr möglich, da sich die Verwaltung bereits in der Umsetzung befinde. Es sei jedoch möglich, die Ergebnisse zunächst vorzustellen und anschließend eine ergänzende Befragung nachzuschieben.

Herr Stratmann erklärt, das Ziel der SPD sei klar und bereits im Wahlkampf benannt worden, nämlich eine Gesamtschule für Coesfeld. Er schließt sich der Auffassung an, dass keine Unruhe in die bestehende Schullandschaft getragen werden solle. Zugleich gibt er zu bedenken, dass eine solche Entwicklung Auswirkungen auf benachbarte Schulstandorte wie Gescher und Billerbeck haben könne, die bereits über Gesamtschulen verfügten.

Herr Nielsen zeigt sich darüber verwundert, dass in der Debatte wiederholt auf Wahlprogramme Bezug genommen werde. Gegenstand der aktuellen Beratung sei zunächst lediglich eine Elternbefragung. Zwar stehe im Wahlprogramm der SPD, dass eine Gesamtschule gewünscht werde; wenn die Eltern dies anders sähen, müsse man dies akzeptieren. Ebenso müsse man akzeptieren, wenn Eltern eine Gesamtschule wollten, sich dies im Rat aber nicht umsetzen lasse. Nicht nachvollziehbar sei für ihn jedoch, sich einer solchen Erkenntnisgewinnung zu verweigern.

Herr Honermann verweist auf die Auszeichnung der Berta-von-Suttner-Gesamtschule mit dem Deutschen Schulpreis und kritisiert die Haltung, internationale Vergleichsstudien seien für Coesfeld nicht relevant. Auch wenn Coesfeld aufgrund seiner Strukturen möglicherweise besser dastehe, gebe es aus seiner Sicht dennoch Verbesserungsbedarf. Er verweist zudem auf Auspendler aus Coesfeld. Der Elternwille sollte erfragt werden.

Herr Kämmerling erklärt, in der Diskussion werde aus seiner Sicht der zweite Schritt vor dem ersten getan. Zunächst solle man hören, welche Vorstellungen und Wünsche die Eltern hätten. Für die Schulentwicklungsplanung sei dies wichtig. Die Frage der Umsetzung stehe auf einem anderen Blatt. Wenn das Schulsystem in Coesfeld tatsächlich so gut sei, würden die Eltern dies in einer Befragung bestätigen. Dann bestehe kein weiterer Handlungsbedarf. Gerade dies sei ein Ausdruck gelebter Demokratie. Die Eltern zu befragen sei das einfachste Mittel, um ihre Vorstellungen zu erfahren und dann Änderungen anzustoßen.

Herr Volmer stellt klar, dass die Wählergemeinschaft Pro Coesfeld ergebnisoffen in das Verfahren gehen wolle. Zunächst bedürfe es der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans; daran anschließend solle entsprechend dem Verwaltungsvorschlag eine nachrangige Elternbefragung erfolgen, um ein Gesamtergebnis zu erhalten. Über konkrete Schulformen bereits jetzt zu diskutieren, sei aus seiner Sicht nicht sachgerecht und polarisiere unnötig.

Herr Tranel nennt konkrete Zahlen zur ein- und auspendelnden Schülerinnen und Schülern (18 Auspendler/ 179 Einpendler). Dies spreche aus seiner Sicht eine deutliche Sprache. Eine reine politische Debatte über eine Gesamtschule hält er zum derzeitigen Zeitpunkt für zu früh. Derzeit funktioniere das dreigliedrige Schulsystem in Coesfeld. Wenn eine Elternbefragung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung erfolge, müsse den Eltern aber auch deutlich gemacht werden, dass es sich nicht um ein unverbindliches Wunschkonzert handle. Eine zusätzliche Schulform Gesamtschule würde im Umkehrschluss das Aus für zwei andere bestehende Schulen bedeuten, da die Schülerzahlen für eine weitere Schulform nicht ausreichten. Aus seiner persönlichen Erfahrung an verschiedenen Schulformen in Coesfeld folgert er, dass das System durchlässig sei. Wenn die Schulentwicklungsplanung künftig zu dem Ergebnis komme, dass die bestehenden Zügigkeiten nicht mehr gehalten werden könnten bzw. Schülerzahlen einbrächen, müsste man sich ohnehin Gedanken über Veränderungen der Schullandschaft machen.

Frau Albertz entgegnet, sie halte es für gewagt, vom Status quo auf Zufriedenheit der Eltern zu schließen. In Coesfeld bestehe für Eltern vor Ort gerade keine direkte Alternative im Sekundarbereich. Wer eine Gesamtschule wolle, müsse das Kind auspendeln lassen. Deshalb

könne aus der Wahl der vorhandenen Schulen nicht automatisch auf Zustimmung zum bestehenden System geschlossen werden. Sie fragt, wie notwendige Veränderungen in der Schulentwicklung erkannt werden sollten, wenn nicht auch durch Elternbefragungen, die perspektivische Erkenntnisse liefern könnten. Eine solche Umfrage habe es bereits gegeben; ein Vergleich könne zeigen, ob sich die Haltung der Elternschaft verändert habe. Sie betont, dass sie als an der Hauptschule tätige Lehrkraft durchaus vom bestehenden System überzeugt sei, gleichwohl aber eine Befragung für sinnvoll halte. Entweder werde dadurch deutlich, dass die bisherige Schullandschaft tatsächlich dem Elternwillen entspreche, oder es ergäben sich Hinweise auf Veränderungsbedarf. Beides könne für die weitere Entwicklung hilfreich sein.

Herr Tranel erwidert, es habe bereits eine entsprechende Befragung gegeben. Er stellt die Frage, in welchen Abständen ein solches Thema erneut aufgegriffen werden solle. Aus seiner Sicht solle man die Fachleute im Rahmen der Schulentwicklungsplanung bewerten lassen, wie sich die Schullandschaft entwickle. Diese verfügten ebenfalls über die notwendigen Erkenntnismöglichkeiten und stünden mit übergeordneten Behörden sowie Fachleuten im Austausch. Auf deren Empfehlungen wolle er sich verlassen.

Frau Diekmann-Cloppenburg fasst die Diskussion final zusammen und trägt die Beschlussvorschläge zur Abstimmung vor

Beschlussvorschlag (Fraktion der SPD):

Die Verwaltung wird beauftragt für die nächste Fortschreibung des Schulentwicklungsplans eine Elternbefragung zur zukünftigen Entwicklung der Schulangebote in der Stadt Coesfeld im Sekundarbereich zu organisieren.

Alternativer Beschlussvorschlag:

Ob und in welcher Form eine ergänzende Elternbefragung zur zukünftigen Entwicklung des Schulangebotes im Sekundarbereich durchgeführt wird, soll auf Grundlage der Ergebnisse der demografischen Analyse und der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung geprüft und dem Ausschuss für Kultur, Schule und Sport zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (Fraktion SPD)	11	26	1
Alternativer Beschlussvorschlag	36	0	2

TOP 25	Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Coesfeld 2026 - 2030 Vorlage: 273/2026
--------	--

Beschlussvorschlag:

Der Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Coesfeld 2026 – 2030 wird in der vorgelegten Form (Anlage 1) einschließlich der Richtlinien zur finanziellen Förderung der Jugendarbeit in Coesfeld (Anlage 2) beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	35	0	0

Herr Fels, Herr Rulle und Herr Büscher befinden sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 26	Finanzierung von Präventionskursen gegen sexualisierte Gewalt an weiterführenden Schulen in Coesfeld Vorlage: 259/2026
--------	---

Beschlussvorschlag:

1. Der Antrag von Frauen e.V. sowie der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V. vom 22.06.2026 wird abgelehnt.
2. Alle städtischen Schulen sollen ab dem Jahr 2027 mit einem Budget ausgestattet werden, um die Durchführung derartiger Präventionskurse zu ermöglichen (siehe Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Coesfeld 2026 - 2030: Kapitel 4.6.2. zusätzliches Gesamtbudget in Höhe von 17.000 € pro Jahr).
3. Jede Schule darf autonom entscheiden, für welche konkreten Angebote dieses Budget in Anspruch genommen werden soll.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Schulen Zielvereinbarungen abzuschließen, wonach jedes Kind
 - a. In seiner Grundschulzeit an mindestens einem Präventionsangebot teilnimmt und
 - b. Auf der weiterführenden Schule mindestens ein weiteres Anschlussangebot wahrnimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1-4 (Abstimmungen Bloc)	35	0	0

Herr Fels, Herr Rulle und Frau Kullik befinden sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 27	Entscheidung über die zukünftige Qualität der Schulführungen in der Stadtbücherei Vorlage: 285/2026/1
--------	--

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, bei der Ausgestaltung der Schulführungen und bibliotheks- bzw. medienpädagogischen Angebote der Stadtbücherei insbesondere folgende Qualitätsstandards zu berücksichtigen:

- kontinuierliche Weiterentwicklung und Neukonzeptionierung von Angeboten,
- Anpassung bestehender Konzepte an pädagogische Anforderungen, aktuelle Unterrichtsinhalte und gesellschaftliche Entwicklungen,
- Berücksichtigung unterschiedlicher Lernstände sowie besonderer Förderbedarfe,
- Ausbau der Medien- und Informationskompetenz, insbesondere in den Bereichen digitale Medien, Coding und Robotik.

Die Verwaltung wird beauftragt, die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für das vom Ausschuss gewünschte Qualitätsniveau zu schaffen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf Stellenumfang und Stellenbewertung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	35	0	0

Herr Fels, Herr Rulle und Frau Kullik befinden sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 28	Übernahme von Betriebs- und Energiekosten im Natz-Thier-Haus Vorlage: 227/2026
--------	---

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, dass die Nebenkosten für die durch das „Kulturhaus Coesfeld“ genutzten Bereiche des Natz-Thier-Hauses vollständig durch die Stadt Coesfeld übernommen werden.

Die erforderlichen jährlichen Mittel i.H.v. 2.400 Euro werden in den Haushalt (ZGM) eingestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	35	0	0

Herr Fels, Herr Rulle und Frau Kullik befinden sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 29	Sachstand Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes Vorlage: 294/2026/1
--------	--

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt die Ausführungen zum bestehenden Wohnmobilstellplatz an der Osterwicker Straße sowie die Einschätzung des Stadtmarketings zur Kenntnis.

Eine bauliche Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes wird zurückgestellt. Stattdessen soll zunächst die bestehende Anlage hinsichtlich ihrer Bewirtschaftung und Attraktivität weiterentwickelt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	36	0	0

Herr Fels und Frau Kullik befinden sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 30	Sachstand Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes Vorlage: 294/2026/2
--------	--

Da die entsprechenden Sitzungsunterlagen nicht vollständig zur Verfügung standen, wird der Tagesordnungspunkt auf Vorschlag von Frau Diekmann-Cloppenburg erneut in der Beratungsfolge Haupt- und Finanzausschuss sowie Rat zu behandeln.

Frau Dicke erklärt sich hiermit einverstanden. Zudem regt sie an, die Sitzungsvorlage inhaltlich zu ergänzen und auszuformulieren.

Frau Diekmann-Cloppenburg erwidert, diese Anregungen aufzunehmen und die möglichen Ergänzungen vorzunehmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat nimmt den Sachstand zur möglichen Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes an der Osterwicker Straße sowie die Ausführungen zu einer künftigen Bewirtschaftung zur Kenntnis.
2. Zur baulichen Umsetzung:
 - a. Eine bauliche Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes wird derzeit nicht umgesetzt.
 - b. Die Verwaltung wird beauftragt, die planerischen, baulichen, verkehrlichen, baulastrechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Erweiterung weiter zu konkretisieren und dem Rat vor einer erneuten Entscheidung eine belastbare Vorzugsvariante einschließlich Kostenberechnung vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine kostenpflichtige und möglichst digitale Bewirtschaftung des bestehenden Wohnmobilstellplatzes zu erarbeiten. Dieses soll insbesondere Regelungen zu Gebührenhöhe, Zahlungswegen, Strom- und

Wasserbezug, Aufenthaltsdauer, Kontrolle, Umgang mit Verstößen, Abgrenzung zu den PKW-Stellflächen sowie zu den einmaligen und laufenden Kosten enthalten.

4. Im Rahmen des Bewirtschaftungskonzeptes sind Maßnahmen zur touristischen Aufwertung des bestehenden Platzes vorzusehen. Hierzu gehören insbesondere eine aktuelle Informations- und Orientierungstafel, Informationen zu Innenstadt, Gastronomie, Einzelhandel und touristischen Angeboten, eine eindeutige Beschilderung sowie eine Optimierung der Ver- und Entsorgungsangebote.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorlage	Keine Abstimmung		

TOP 31	Antrag der Fraktion Volt auf Umbesetzung von Ausschüssen Vorlage: 255/2026
--------	---

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die nachfolgend aufgeführten Vertretungslisten für die Ausschüsse und Aufsichtsräte gemäß dem Antrag der Fraktion Volt umzubesetzen.

a. Ausschuss Bauen und Planen

bisheriger stellvertretender sachkundiger Bürger	neuer stellvertretender sachkundiger Bürger
Franz Lenhart	Björn Unruh

b. Ausschuss Familie, Senioren und Soziales

bisheriger stellvertretender sachkundiger Bürger	neuer stellvertretender sachkundiger Bürger
Franz Lenhart	Björn Unruh

c. Aufsichtsrat SEG – gemeinnützige Stadtentwicklung Coesfeld GmbH- In Sitzung gestrichen-

bisheriger stellvertretender sachkundiger Bürger	neuer stellvertretender sachkundiger Bürger
Franz Lenhart	Björn Unruh

d. Betriebsausschuss AWW

bisheriger stellvertretender sachkundiger Bürger	neuer stellvertretender sachkundiger Bürger
Franz Lenhart	Björn Unruh

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 a, b und d	38	0	0
Beschlussvorschlag 1c (in Sitzung gestrichen)	Keine Abstimmung		

TOP 32 Anfragen

Herr Öhmann fragt an, wie die Stadt gedenke mit den Engpässen im Bereich der iPads umzugehen. Gebe es Lösungsansätze und wie wollte die Stadt den Schulen und Lehrkräften kurzfristig helfen, damit die Medienarbeit in Schulen weiter betrieben werden könne. Und wie sehe die aktuelle Medienentwicklungsplanung aus?

Frau Diekmann-Cloppenburg führt aus, dass die Stadt seit geraumer Zeit mit der Problemlösung beschäftigt sei. Die Stadt steht im Austausch mit den Schulen und versucht Lösungen zu entwickeln. Die Stadt hat in einem größeren Umfang I-Pad beschafft, um die aktuelle Situation abzufedern. Es ginge jedoch jetzt darum zu schauen, welcher Standard gehalten werden könne. Die gute Ausstattung der Schulen nach den Digitalpakt 1 und die Aufrüstung der Ausstattung durch die Stadt sei ein herausragender Standard. Ob dieser zu halten sei, sei Teil der kommenden Gespräche. Im Hinblick auf die Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer sei man auf den Digitalpakt 2 des Landes angewiesen. Noch vor den Herbstferien werde es einen Termin mit den Schulleitungen geben, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Im Rahmen der kommenden Haushaltsgespräche werde auch der Punkt der Haushaltsmittel für die Schul-IT gesondert betrachtet werden müssen.

Herr Volmer fragt an, ob die Verwaltung und die Parteien des Stadtrates die Veranstaltung des Münsterland GIRO begrüßen.

Frau Diekmann-Cloppenburg bestätigt die positive Einstellung der Stadt zu diesem Ereignis und lobt die Werbung für die Stadt Coesfeld. Sehr wohl sei der Verwaltungsaufwand und personelle Einsatz nicht gering.

Frau Dicke bittet um Auskunft, ob die Abrechnung des neuen Kreisarchives nur auf die Beteiligten Kommunen erfolge, oder ob die Stadt Coesfeld verdeckte Kosten übernehme.

Frau Diekmann-Cloppenburg gibt an, dass die Abrechnung nur auf die beteiligten Kommunen erfolge.

Frau Vogel fragt an, wann zu der bestehenden Versorgungslücke in den digitalen Medienarbeit im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport berichtet werde.

Frau Diekmann-Cloppenburg erwidert, dass im kommenden Ausschuss ein Zwischenstand gegeben werde könnte. Der Begriff Versorgungslücke sei Definitionssache. Es werde von Seiten der Stadt dafür gesorgt, dass der Lehrbetrieb weiter durchgeführt werden könne. Die weitergehenden Standards müssten dann gemeinsam definiert werden.

Herr Ruthmann fragt nach, ob die schriftlichen Zusagen der Vereine zu Top 16 den Mandatsträgern mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt werden könnten.

Frau Diekmann-Cloppenburg sichert dies zu. (Antwort der Verwaltung: *Es hat keine vollständige schriftliche Zusage durch die Vereine gegeben. Es finden jetzt nochmals Termine vor Ort statt zu finalen Absprachen.*)

Eliza Diekmann-Cloppenburg
(Bürgermeisterin)

Katja Rengshausen
(Schriftführerin)